
Liebe Leserinnen und Leser,

mit kleiner Verspätung wünschen wir Euch alles Gute zum neuen Jahr und viel Kraft und Energie für Eure vielfältigen Aktivitäten im Umweltbereich, in anderen Politikfeldern und natürlich auch im privaten Umfeld.

Nachdem es im Dezember zwei BBU-Newsletter gab, hat es jetzt bis zur ersten Ausgabe in 2013 etwas gedauert. Dafür gibt es den zweiten BBU-Newsletter recht bald. Versprochen!

Viel lag und liegt an, Ihr kennt das. Da klappt es mitunter nicht immer mit den angepeilten Zeiten und Erscheinungsterminen. Ziel ist aber für 2013 wieder die Herausgabe von 12 Newsletter-Ausgaben. Nutzt den BBU-Newsletter als Medium zur Verbreitung wichtiger Informationen!

Beste Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, vom BBU-Vorstand und natürlich auch von der BBU-Newsletterredaktion.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

2013: BBU sieht dringenden Handlungsbedarf in vielen Umweltbereichen

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) sieht auch im neuen Jahr in vielen Umweltbereichen dringenden Handlungsbedarf. Drängende Probleme gibt es laut BBU, der im letzten Jahr sein vierzigjähriges Bestehen feiern konnte, u. a. in den Bereichen der Energieversorgung, des Meeresschutzes und in der Verkehrspolitik. 2013 will der BBU auch seine Aktivitäten im Normungsbereich und im Natur- und Artenschutz fortsetzen. Zudem soll seine Funktion als bundesweiter Dachverband örtlich und regional aktiver Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen im Umweltbereich gestärkt werden. Zur Finanzierung seiner vielfältigen und engagierten Arbeit bittet der BBU um kleine und große Spenden. Zudem sind neue Initiativen und Privatpersonen als Mitglieder im BBU willkommen.

Foto: Ostermarsch 2012, Jülich

Ein wesentlicher Schwerpunkt vieler Mitgliedsgruppen des BBU war im Jahr 2012 wieder der Widerstand gegen Atomanlagen und Atomkraftwerke im In- und Ausland. Damit verbunden waren auch viele Aktionen gegen Atomtransporte. Auch im neuen Jahr hat sich der BBU bereits in die Debatte um die Atommüll-Entsorgung eingebracht. Der BBU lehnt jeglichen Atommüll-Export ab und fordert die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen, damit kein weiterer Atommüll anfällt. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen ist der BBU Mitorganisator der Demonstrationen, die anlässlich des 2. Jahrestages des Beginns der Katastrophe in Fukushima am 9. März stattfinden werden.



Zu den weiteren herausragenden Schwerpunkten des BBU und seines Vorstands gehören in 2013

- die Durchsetzung eines Verbots der unkonventionellen Gasförderung (Fracking) in der Bundesrepublik Deutschland (und auch anderswo)

- die Durchsetzung des Verbots von CCS. Trotz des mehrfachen Scheiterns dieser Technik zur unterirdischen Kohlendioxidverpressung (legislativ und praktisch), an dem auch der BBU mitgewirkt hat, konnte das generelle Verbot bisher nicht erwirkt werden.
- die Energiepolitik und die dringend erforderliche Energiewende. Dabei setzt sich der BBU weiterhin gegen neue Kohlekraftwerke und gegen den weiter favorisierten Abbau von Braunkohle in der Lausitz wie auch im Rheinland zur Wehr. Der BBU engagiert sich weiterhin gegen die Deckelung der Förderung von Solaranlagen. Diese Deckelung verhindert eine notwendige Balance und gegenseitige Ergänzung von Wind- und Solarkraft. Arbeitsplätze und Firmen werden bedroht und vernichtet
- der Einsatz für eine Landwirtschaft ohne Massentierhaltung, Gifteinsatz und Gentechnik
- der Schutz vor Innenraumschadstoffen wie Tonerstäuben aus Druckern und Kopierern
- der umfassende Gewässer- und Meeresschutz
- der weitere Widerstand gegen den „größten anzunehmenden Unsinn (GAU)“ für den deutschen Bahnverkehr in Stuttgart (Bahnprojekt Stuttgart 21. Verkehrspolitisch lehnt der BBU zudem neue Fernstraßen ab.
- Die wichtige eigenständige Normungsarbeit beim Deutschen Institut für Normung (DIN), in der Deutschen Kommission Elektrotechnik Elektronik Informationstechnik im DIN und VDE (DKE), in der Kommission Reinhaltung der Luft (KRdL). International ist der BBU bei ECOS (European Environmental Citizens' Organisation for Standardisation) eingebunden
- Unterstützung des europäischen Bürgerbegehren für Tempo 30: „30 km/h – macht die Straßen lebenswert!“

Motivierend für die weitere Umweltschutzarbeit sind für den BBU, für seine Mitglieder und für den BBU-Vorstand zunächst die dringenden Notwendigkeiten des Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes. Hinzu kommen Erfolge aus dem Jahr 2012, die zum weiteren Engagement anspornen. Einige Beispiele aus den Arbeitsbereichen der BBU-Mitglieder:

- Die schon länger drohenden Castor-Atommüll-Transporte von Jülich nach Ahaus, bzw. von Jülich in die USA konnten bisher verhindert werden.
- Im Salzstock Gorleben konnte auch im letzten Jahr die Einlagerung von hochradioaktivem Atommüll verhindert werden.
- Auch die unterirdische Speicherung von Kohlendioxid konnte erfolgreich an mehreren Standorten unterbunden werden.
- Bei der Aufbereitungsanlage für teerpechhaltigen Straßenaufbruch in Großenlüder war der Widerstand so massiv, dass der Betreiber seine Pläne zur Erhöhung der Anlagenkapazität aufgeben musste. Der Versuch, die Änderung der Tagesdurchsatzmenge in einem immissionsschutzrechtlichen Verfahren zu erwirken, scheiterte ebenfalls am konsequenten Widerstand vor Ort.
- Großer Erfolg mit Wirkung für die Zukunft: Die Erstellung und Herausgabe des Leitfadens KAS-25: „Einstufung von Abfällen gemäß Anhang I der Störfall-Verordnung“. An der Erstellung des Leitfadens war der BBU maßgeblich beteiligt.

Einige Beispiele weiterer Themen, mit denen sich der BBU 2012 befasst hat: Die drohende Rodung des Hambacher Forstes für den Braunkohleabbau, Klimaschutz und Kohlekraftwerke, Ausbeutung des Meeresbodens, Verbot der Patente auf embryonale Stammzellen, Elbvertiefung (Hamburg).

Wünsche für 2013: Weitere neue BBU-Mitglieder, Spenden zur Absicherung des Engagements nachhaltige Erfolge im Umweltschutz

Angesichts der zahlreichen Umweltprobleme gibt es noch eine Menge Arbeit für den BBU und seine Mitgliedsinitiativen. Der BBU lässt sich angesichts der Probleme nicht entmutigen – und sein Engagement für eine gesunde und lebenswerte Umwelt geht weiter. Und so wünscht sich der BBU-Vorstand im Jahr 2013 viele neue Mitglieder (Initiativen, Verbände und Privatmitglieder), die tatkräftig mitarbeiten und ihr vielfältiges Wissen einbringen. Der BBU hilft neuen Initiativen bei der Gründung, bei Genehmigungsverfahren und bei der Pressearbeit. Zur Vernetzung wird auch in 2013 monatlich der elektronische BBU-Newsletter erscheinen, in dem Hintergrundinformationen und Aktionstermine veröffentlicht werden. Der Bezug ist kostenlos und ältere Ausgaben können auf der BBU-Internetseite nachgelesen werden.

Umwelt- und sozialpolitisches Engagement unterstützen!

Zur Finanzierung seines Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, BLZ 37050198, Kontonummer: 19002666.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter www.bbu-online.de; telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet www.facebook.com/BBU72. Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Pressemitteilung des BBU vom 11.01.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/11.01.13.html>

Wichtiger Hinweis: Bei der Mitgliederversammlung wurde erstmals seit Einführung des Euro eine Beitragserhöhung beschlossen. Bitte beachtet dazu die Informationen, die allen BBU-Mitgliedern gesondert zugehen. Bei Fragen zu den Beitragssätzen wendet Euch bitte vertrauensvoll an die BBU-Geschäftsführerin.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Demonstrationen zum 2. Fukushima-Jahrestag

Zahlreiche Bürgerinitiativen und Umweltverbände, darunter auch der BBU, rufen zur Teilnahme an bundesweiten und internationalen Demonstrationen anlässlich des 2. Fukushima-Jahrestages auf. Ausführliche Informationen unter www.anti-atom-demo.de. Fragen und weitere Informationen: AK Energie des BBU, 02562-23125.

Wohin mit dem hochradioaktiven Atommüll aus Obrigheim?

Aktuell ist der AKW-Standort in der Pflicht!

Seit mehreren Jahren weisen Mitglieder der Initiative AtomErbe Obrigheim darauf hin, dass im AKW Obrigheim 342 abgebrannte hochradioaktive Brennelemente in einem Nasslager innerhalb der Anlage liegen und damit die Risiken beim Rückbau des Atomkraftwerks erhöhen. Dieses in den 1980er Jahren gebaute Nasslager war ursprünglich nur für die Notauslagerung der Brennelemente vorgesehen und wurde Ende der 1990er Jahre zum längerfristigen Zwischenlager umdefiniert. An allen anderen AKW-Standorten Deutschlands werden die abgebrannten Brennelemente in CASTOR-Behältern trocken gelagert.

In den vergangenen Tagen wurde in den Medien wieder einmal über die Idee berichtet, den Atommüll aus dem Atomkraftwerk Obrigheim beim AKW Neckarwestheim zwischen zu lagern.

Die Initiative vermutet, dass die Betreiberfirma EnBW das laufende Genehmigungsverfahren für ein CASTOR-Zwischenlager in Obrigheim nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit vorangetrieben hat in der Hoffnung, die Brennelemente in einem ihrer anderen Lager unterbringen zu können. Auf der Internetseite des Bundesamtes für Strahlenschutz ist nachzulesen, dass der Antrag für ein Standort-Zwischenlager in Obrigheim bereits im April 2005 gestellt und im Dezember 2011 überarbeitet wurde. Damit ist es das am längsten laufende Genehmigungsverfahren dieser Art.

Nach Meinung der Initiative AtomErbe Obrigheim sind die Obrigheimer Brennelemente in dem geplanten Standort-Zwischenlager aufzubewahren. Sie fordert, dass dieses selbstverständlich nach dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik mit möglichst hohen Sicherheitsvorkehrungen errichtet werden soll.

Das Atomgesetz sieht vor, dass der hochradioaktive Atommüll am jeweiligen Standort zwischengelagert wird, wo er entstanden ist, und so gefährliche Atomtransporte vermieden werden. Dabei sollte es auch bleiben.

Die Initiative AtomErbe Obrigheim wundert sich immer wieder über die Inkonsequenz im Umgang mit der Atomenergie und dem dabei anfallenden hochradioaktiven Atommüll: Niemand will ihn haben, keiner weiß wohin damit, aber trotzdem wird immer mehr davon produziert, statt alle Atomkraftwerke abzuschalten.

Für Rückfragen können Sie sich wenden an: initiative@atomerbe-obrigheim.de Weitere Informationen unter <http://atomerbe-obrigheim.de>.

Pressemitteilung der Initiative AtomErbe Obrigheim, die im BBU organisiert ist, vom 20.12.2012

Atommüllexporte von Gronau und Jülich verhindern

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und seine Mitgliedsorganisation Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen lehnen die geplante Legalisierung von Atommüllexporten durch die Bundesregierung strikt ab. Sie sehen in der geplanten Novelle des Atomgesetzes das Eingeständnis der Bundesregierung, dass die angeblich sichere Entsorgung der stetig wachsenden Atommüllberge gescheitert ist. Zudem werfen die Anti-Atomkraft-Initiativen der Bundesregierung eine Täuschung der Öffentlichkeit vor.

Entgegen aller jetzigen Dementis bereitet die Bundesregierung nämlich zusammen mit der NRW-Landesregierung seit dem Sommer 2012 ganz konkret den Export der 300 000 hochradioaktiven Brennelementkugeln vom Forschungszentrum Jülich in die USA vor. Dieses Vorhaben könnte derzeit – wenn überhaupt – nur in einer juristischen Grauzone stattfinden, würde mit der Gesetzesnovelle jedoch legalisiert.

Gleiches gilt für die Zehntausenden Tonnen Uranmüll, die beim Betrieb der Urananreicherungsanlage Gronau anfallen. Bereits ab 1995 begann in der Amtszeit der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel unter Umgehung des noch geltenden Exportverbots für Atommüll der Abtransport von rund 30 000 Tonnen abgereichertem Uran von Gronau nach Russland zur faktischen Endlagerung. Dieser Export wurde erst 2009 nach massiven Protesten russischer, deutscher und niederländischer Atomkraftgegner/innen eingestellt. Der Entsorgungsdruck in Gronau ist jedoch sehr hoch, weil die schieren Mengen des Uranmülls die deutschen Endlagerungspläne vor unlösbare Probleme stellen. (...).

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des BBU und des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 07.01.2013. Vollständiger Text unter

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/07.01.13.html>

Kleine Anfrage zu „Stützpunkten“ für Atomtransporte:

Die NRW-Landesregierung verweigert auf eine Kleine Anfrage der Piratenfraktion die Auskunft darüber, wo und wie viele „Stützpunkte“ es in NRW für den Schutz von „sicherungsrelevanten Transporten radioaktiver Stoffe“ gibt und welche Kriterien für diese „Stützpunkte“ gelten. Das geht aus einer gestern veröffentlichten Antwort des NRW-Innenministeriums hervor (Landtagsdrucksache 16-1784).

Hintergrund der Kleinen Anfrage war folgende Auskunft der Landesregierung vom 11. Oktober 2012 (Landtagsdrucksache 16-754): „Um sicherungsrelevante Transporte radioaktiver Stoffe vorübergehend unterbringen zu können, sind Stützpunkte vorgesehen.“ Die konkreten Nachfragen zu Details dieser „Stützpunkte“ bleiben nun pauschal als angebliche „Verschlussache“ komplett unbeantwortet.

Die Landesregierung führt nur allgemein aus, dass das Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste „gewährleistet, dass in ausreichendem Maß geeignete Liegenschaften als Stützpunkte zur Verfügung stehen. Durch die zuständigen Kreispolizeibehörden wird in Absprache mit den Verantwortlichen der jeweiligen Liegenschaft die Geeignetheit der Stützpunkte überprüft.“ (...).

„Was soll daran geheim sein, wie viele dieser angeblichen Stützpunkte es in NRW gibt? Warum werden nicht einmal die Sicherheitsanforderungen an die Beschaffenheit eines solchen Stützpunktes definiert oder ob ein solcher Stützpunkt schon jemals genutzt wurde? Es drängt sich der Verdacht auf, dass die nebulösen „Stützpunkte“ in Wirklichkeit eine reine Fata Morgana sind, um auf dem Papier Sicherheit zu suggerieren. Ein Güterbahnhof wäre z. B. kein sicherer Stützpunkt, aber wo sollte ein Atomzug im Bedarfsfall sonst abgestellt werden? Die Landesregierung muss die Karten auf den Tisch legen,“ so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Aus Platzgründen leicht gekürzte Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 09.01.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/09.01.13.html>.

Urantransporte Russland-Gronau:

Russische und deutsche Umweltschützer kritisieren gemeinsam die vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) im November 2012 genehmigten Urantransporte von Russland quer durch Europa zur Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau. Das BfS hat bis Ende 2013 zehn Urantransporte per LKW „von Natururan in Form von Uranhexafluorid (UF₆)“ genehmigt. Der erste Transport hat laut BfS bereits Ende November 2012 stattgefunden.

„Wir sind über diesen Uran-Deal sehr alarmiert. Warum soll russisches Uran in Gronau angereichert werden? Warum wird Uran per LKW über Tausende von Kilometern transportiert? Die Sicherheitsvorkehrungen für solche Transporte sind in Russland gering. Es besteht immer die Möglichkeit von Unfällen und alleine die Länge der Strecke ist besorgniserregend. Wir bitten das Bundesamt für Strahlenschutz und die Bundesregierung, die Genehmigung sofort zurückzuziehen“, so Vladimir Sliviyak von der russischen Umweltorganisation Ecodefense in Moskau. (...).

„Die Zusammenarbeit von Urenco und der russischen Atomindustrie ist weiterhin sehr eng. Es ist sehr fragwürdig, dass die Bundesregierung Importe von Uran aus Russland per LKW für völlig unbedenklich hält und die Genehmigungen des Bundesamtes für Strahlenschutz nicht gestoppt hat. Offensichtlich soll der Weiterbetrieb der Urananreicherungsanlage Gronau – ungeachtet des offiziellen Atomausstiegs – mit allen Mitteln sichergestellt werden. Dagegen wird es weitere Proteste geben“, kündigte Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz an.

Aus Platzgründen gekürzte deutsch-russische Pressemitteilung vom 10.01.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/10.01.13.html>.

Landesregierung beantwortet Kleine Anfrage: „Atompolitik in NRW unkoordiniert und ziellos“

„Die Atompolitik in NRW wird seitens der Landesregierung unkoordiniert und ziellos über viele Ministerien und Bezirksregierungen hinweg gestaltet. Ein klarer politischer Wille, den Atomausstieg in NRW konstruktiv und koordiniert durchzusetzen, ist nicht erkennbar.“ Dieses sehr ernüchternde und enttäuschende Fazit ziehen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen aus einer am 10. Januar veröffentlichten Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der Piraten-Fraktion (Landtagsdrucksache 16-1801).

Aus der Stellungnahme der Landesregierung geht hervor, dass in NRW insgesamt sechs Ministerien und vier Bezirksregierungen für unterschiedlichste Bereiche der Atompolitik und Atomaufsicht zuständig sind. Auffällig ist, dass nur im Wirtschaftsministerium eine größere Anzahl von Mitarbeitern „ganz oder überwiegend“ mit Nuklearfragen beschäftigt ist. Alle anderen Ministerien oder Bezirksregierungen haben entweder gar keine Fachangestellten oder verfügen nur über 0,5 bis 1,5 Planstellen. Einen Lenkungsstab zur Koordinierung des Atomausstiegs in NRW lehnt die Landesregierung in ihrer Antwort ausdrücklich ab, auch einen „Atomausstiegs-Fahrplan“ mit klaren Zielvorgaben schließt die Landesregierung aus. (...).

Aus Platzgründen gekürzte Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 14.01.2013. Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/14.01.13.html>.

Mahnwache erinnerte an den 3. Jahrestag der Verstrahlung in der Gronauer Uranfabrik

Mitglieder verschiedener Initiativen und Organisationen haben am Montagabend bei Minustemperaturen mit einer Mahnwache vor der Gronauer Urananreicherungsanlage (UAA) an den 3. Jahrestages des bisher schwersten Störfalls in der Anlage erinnert.

Bei dem Störfall vor drei Jahren wurde erstmals ein Arbeiter in der Gronauer Urananreicherungsanlage verstrahlt. Auch nach dem Unfall vom Januar 2010 kam es immer wieder zu Pannen und Störungen in der Anlage. So ereignete sich z. B. im Juni 2012 ein Schmelbrand in der bundesweit einzigartigsten Uranfabrik. Von der Düsseldorfer Landesre-

gierung wird seitens der Anti-Atomkraft-Bewegung gefordert, dass sie sich endlich für die sofortige Stilllegung der Anlage und gegen die ständigen Urantransporte von und nach Gronau einsetzt.

Aus Platzgründen gekürzte Pressemitteilung des AKU Gronau (eine Mitgliedsinitiative des BBU) vom 22.01.2013.

Vollständiger Text unter [http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews\[tt_news\]=32015&chHash=1d103e4d06](http://www.scharf-links.de/42.0.html?&tx_ttnews[tt_news]=32015&chHash=1d103e4d06).

Atomtransport entgleiste am Störfall-Jahrestag

So nah sind wir alle bei jedem Atom-Transport an der Katastrophe !

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und die Anti-Atomkraft-Bewegung im Münsterland fordern eine umfassende Aufklärung und Information über einen Atomtransport-Unfall, der sich am Montag (21.01.2013) ereignet hat. Am Montag entgleiste in Frankreich ein mit Atom Müll beladener Zug, der vermutlich überwiegend mit Uranmüll beladen war, der ursprünglich aus Urananreicherungsanlagen des Urenco-Konzerns in Gronau und Almelo (Niederlande) stammte. Der Zug umfasste offenbar sieben Waggons mit Uranoxid sowie einen Waggon mit einem Castor-Atom Müllbehälter. Vermutlich befand sich der Zug auf dem Weg in das zentrale oberirdische Atom Müll-Lager der COVRA in den Niederlanden. Das Lager befindet sich in Vlissingen an der Nordsee, nur 20 Kilometer vom Atomkraftwerk Borssele entfernt.

Archiv-Foto: Ein früherer Sonderzug mit Uranmüll bei der Abfahrt an der Urananreicherungsanlage Gronau.

Aus Platzgründen gekürzte Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 23.01.2013.

Vollständiger Text unter <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/23.01.13.html>.



Fracking

Frackingverbot! BBU reagiert auf Bundesrat

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat erneut ein klares Verbot von Fracking und den Widerruf bisheriger Aufsuchungserlaubnisse, soweit mit ihnen Fracking vorbereitet werden soll, gefordert. Mit dieser Forderung reagiert der BBU auf die Position des Bundesrates. Dieser hat heute von der Bundesregierung gefordert, den Einsatz umweltgefährdender Substanzen bei der Anwendung der sogenannten Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Gasförderung abzulehnen, bis deren Risiken geklärt sind. Nach Auffassung des BBU geht die Position des Bundesrates nicht weit genug. "Erforderlich ist das Verbot von Fracking zugunsten der Natur und der Bevölkerung", so Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU.

Der BBU betont, dass die Risiken jeglichen Frackings nicht kontrollierbar oder beherrschbar sind. Unabhängig davon, wie die Frackflüssigkeit zusammengesetzt ist, kann es aufgrund der Beeinträchtigung des Untergrunds zur Migration von Wasser gefährdenden oder radioaktiven Stoffen in das Grundwasser kommen. Ereignisse wie Explosionen, die kilometerweite Auswirkungen haben können oder Erdbeben sind nicht auszuschließen. Der BBU stellt sich daher hinter die Forderung eines klaren und festen Neins zu Fracking in jeder Form – egal ob mit oder ohne Umweltverträglichkeitsprüfung.

Nach Auffassung des BBU ist es an der Zeit, endlich Farbe zu bekennen. Das widersprüchliche Verhalten einzelner Parteien und Abgeordneter, angeblich gegen Fracking zu sein, sich im Bundestag jedoch anders zu verhalten, muss ein Ende haben. Der BBU fordert die Bundestagsfraktionen auf, im Bundestag ein Fracking-Verbot ohne Wenn und Aber zu beschließen.

BBU-Pressemitteilung vom 01.02.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/01.02.13.html>.

Klimaschutz

Gegenstrom 13 plus Elblockade contra Kohlepolitik

Was eine Elblockade beim anstehenden Hamburger Hafenfest mit den Themen Klimaschutz und Kohlepolitik zu tun haben, das erfährt man ausführlich unter <http://www.gegenstrom13.de>.

Meeresschutz

Deutschland will noch ein Stück vom Tiefseekuchen – BBU protestiert dagegen

Die Experten der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe mit Sitz in Hannover haben bei Mauritius im indischen Ozean in 3000 Meter Tiefe Vorkommen von Metallsulfiden entdeckt. Die Bundesrepublik beabsichtigt daraufhin, bei der Meeresbodenbehörde der UN hierfür eine Explorationslizenz für dieses Gebiet zu beantragen.

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) protestiert dagegen, dass Deutschland nun schon zum zweiten Mal Vorbereitungen für den Tiefseebergbau trifft. Schon vor Jahren hat sich der Bund ein Gebiet von 75.000 Quadratkilometern Meeresboden im Pazifik zum Abbau von Manganknollen aus 5000 Metern Tiefe bei der UN-

Behörde gesichert. Folgerichtig investiert Deutschland auch schon jetzt erhebliche Mittel in die Entwicklung entsprechender Fördertechniken.

Nicht genug, dass durch die Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) der Länder vom unberührten "Erbe der Menschheit" (UN-Seerechtsabkommen) nur noch 40 Prozent übrig sind, soll nun auch dort noch massiv, nicht nur von Deutschland, auf mineralische Ressourcen zugegriffen werden. Dies geschieht ohne Rücksicht darauf, dass über die Meere, ihr Leben und ihre ökologische Funktion bisher so gut wie nichts bekannt ist (Ergebnis des "Census of Marine Life" 2000-2010). Der BBU fordert, diese gewissenlose Industriepolitik zu beenden, bevor irreparable ökologische Schäden entstehen, für die möglicherweise kommende Generationen die Lasten zu tragen haben. Kontakt zum Arbeitsbereich Meeresschutz des BBU: Peter Willers, Bremen, Tel. 0421-242688. Weitere Informationen zum Thema Meeresschutz: <http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202012/20.12.12.html>

Pressemitteilung des BBU vom 24.01.2013;

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/24.01.13.html>

Umweltinformationsrecht

RP Kassel muss zur korrekten Gebührenerhebung im Umweltinformationsrecht zurückkehren

Als nicht mit europäischem und hessischem Recht vereinbar bezeichnen der BBU und seine Mitgliedsinitiative Pro Lebensraum Großenlüder eine Ankündigung des Regierungspräsidiums Kassel für eine Akteneinsicht oder die Übermittlung einer elektronischen Datei hohe Gebühren zu erheben. Sie fordern das Regierungspräsidium auf, wieder auf den Boden des Umweltinformationsrechts zurückzukehren und seine Ankündigung zurückzunehmen.

Mit Datum vom 19. Dezember hatte die Bürgerinitiative beim Regierungspräsidium Kassel beantragt, die Genehmigung zur Änderung der PET-Schredderanlage der Firma Meister in Großenlüder einschließlich der zugehörigen Unterlagen zu erhalten. Dies sollte in Form einer pdf-Datei erfolgen. Um für Überraschungen gewappnet zu sein, bat die Bürgerinitiative um einen Kostenvoranschlag.

Diese Vorsicht war mehr als berechtigt. Mit Schreiben vom 16.1.2013 kündigte die Behörde an, dass sie beabsichtige, für die reine Akteneinsicht ca. 88 € in Rechnung zu stellen. Hinzu sollten Kosten für die Anfertigung der pdf-Datei kommen. Insgesamt soll die Initiative für eine einfache Verwaltungshandlung 103 € bezahlen.

Peter Schott vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Das ist ein einmaliger Vorgang. Die Umweltinformationsrichtlinie der EU von Anfang 2003 sowie das Hessische Umweltinformationsgesetz haben ausdrücklich aufgeführt, dass eine Einsichtnahme in beantragte Informationen vor Ort kostenfrei ist. Die Bundesregierung hat bei der Umsetzung der Richtlinie in deutsches Recht betont, dass auch Vorbereitungshandlungen wie die Prüfung auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse vom Begriff der gebührenfreien Akteneinsicht umfasst sind. Daher ist uns auch kein Fall bekannt, bei dem eine Behörde versucht hätte, hierfür Gebühren zu erheben.“

Der BBU betont, dass für eine Akteneinsicht in den Räumlichkeiten des Regierungspräsidiums und die Übermittlung einer elektronischen Datei der gleiche Maßstab angelegt werden muss. Zudem ist der BBU über die Ankündigung einer Gebührenerhebung für die Erstellung einer Datei mehr als erstaunt. Nach hessischem Recht gibt es hierfür keinen Gebührentatbestand.

Kerstin Desch-Wöhl von der Bürgerinitiative Pro Lebensraum Großenlüder ergänzt: „Die angekündigte Gebührenerhebung verstößt auch gegen das im Hessischen Umweltinformationsgesetz verankerte Verbot, abschreckende Gebühren zu erheben. Wenn pro Akteneinsicht 100 € oder mehr in Rechnung gestellt werden, läuft der europarechtliche Anspruch auf den ungehinderten Zugang zu Umweltinformationen ins Leere. Das Ziel, eine Verbesserung der Umweltqualität durch eine kontinuierliche Kontrolle von Betreibern und staatlichen Stellen zu erreichen, wird so ausgehebelt.“ Die Bürgerinitiative hat das Regierungspräsidium Kassel daher schriftlich aufgefordert, den Kostenvoranschlag kurzfristig zu korrigieren. Der BBU und die Initiative betonen, dass hier kein Präzedenzfall geschaffen werden darf. *Gemeinschafts-Pressemitteilung vom 29.01.2013;*

<http://www.bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202013/29.01.13.html>

Verkehrspolitik

2013 in Berlin: "Städte in Zukunft: grün + mobil"

Der 19. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress BUVKO findet vom 15. – 17. März 2013 an der Technischen Universität Berlin statt. Unter dem Motto „Städte in Zukunft: grün + mobil?“ wollen wir vermitteln und mit Ihnen diskutieren, inwiefern Kommunen zwei scheinbar widersprüchliche Ansprüche verwirklichen können: Einerseits benötigen Städte Grün, um ihren Bewohner/innen ein attraktives Umfeld zu bieten und um neue Einwohner und Besucher zu gewinnen. Andererseits sind nur Städte attraktiv, die kompakt sind und somit Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr kurze Wege bieten. *Quelle und weitere Informationen:* <http://www.buvko.de>.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 01 / 2013, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 27.02.2013. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.